

#AmnistiaDice

24.10.2024

Die Anklageschrift gegen hochrangige Carabineros: Ein historischer Präzedenzfall für Chile und die Region

Von Bernardita Boock, Vorstandsvorsitzende von Amnesty International Chile

Chile erlebte im Oktober 2019 schwere und massive Menschenrechtsverletzungen sowie auch die Straflosigkeit dieser Ereignisse durch staatliche Akteure während der letzten fünf Jahre. **Heute jedoch, mit der kürzlichen Anklageerhebung gegen drei ehemalige hochrangige Beamte der Carabineros, stehen wir vor einem historischen Moment, der diese Realität verändern könnte, nicht nur in Chile, sondern in der gesamten Region.** Dies markiert einen Wendepunkt bei der Suche nach Gerechtigkeit für die schweren Menschenrechtsverletzungen, die in dieser Zeit begangen wurden.

Das Gerichtsverfahren, das gegen Mario Rozas, Ricardo Yáez und Diego Olate, die damals höchsten Verantwortlichen der Carabineros, eingeleitet wurde, begann mit der formellen Erhebung der Anklage wegen des Verbrechens der rechtswidrigen Nötigung durch Unterlassung. Das heißt, wenn ein Polizeibeamter unter Missbrauch seiner Befugnisse und ohne Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten einem Dritten die persönliche Freiheit entzieht oder ihn sogar mitten in der Situation erniedrigt oder quält, und sie als Personen mit hoher Verantwortung und in Kenntnis dieser Tatsache nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen haben, um dies zu verhindern und entsprechend zu bestrafen.

Bei den jüngsten Anhörungen wurde den leitenden Kommandeuren vorgeworfen, in mindestens vier Bereichen ihre Pflicht nicht erfüllt zu haben: bei der Kontrolle und Überwachung des Einsatzes von Waffen und Munition, bei der Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte, bei der Überwachung ihrer Untergebenen und bei der Aufrechterhaltung der Disziplin innerhalb der Institution, so die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift.

Was die Kontrolle des Waffengebrauchs betrifft, so haben das Fehlen einer angemessenen Regelung und die wahllose Anwendung von Gewalt dazu geführt, dass Tausende von Menschen irreparable Verletzungen erlitten haben. Fachgutachten und frühe Warnungen, wie die der Ärztekammer vom 20. Oktober 2019, reichten den Behörden nicht aus, um wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Anstatt die Bürger zu schützen, wurde der massive Einsatz von gefährlicher Munition, wie die 114.073 Schuss allein im Oktober des betreffenden Jahres, weiter zugelassen. Reduziert man diese Berechnung auf die Stunden der Demonstrationen während der Tage, so handelt es sich um 680 Patronen pro Stunde und 11 Patronen pro Minute. Als ein Polizeichef versuchte, den Einsatz von Schreckschusspistolen einzuschränken, soll Mario Rozas nach Angaben der Staatsanwaltschaft diese Entscheidung aufgehoben haben.

Andererseits gibt es in den Schulungen zum Thema Menschenrechte, die in jeder Einrichtung der Sicherheitskräfte Priorität haben sollten, keinerlei Aufzeichnungen über Teilnahme oder Evaluierung.

In Bezug auf die Aufsichtspflicht, die zu den Pflichten und der Verantwortung eines

Oberkommandos dieser Institution gehört, hat es den Anschein, dass die Behörden der Carabineros, obwohl sie verpflichtet waren, das Verhalten ihrer Untergebenen zu überwachen, dies nicht getan haben. Der Runderlass 1.832, der besagt, dass jeder Missbrauch von Gewalt die Verantwortung der höheren Befehlshaber nach sich zieht, wurde nicht rigoros durchgesetzt. Selbst als schließlich Maßnahmen zur Aufzeichnung von Polizeiaktionen ergriffen wurden, wie z. B. der Einsatz von Körperkameras, wurden laut der Anklageschrift keine Mechanismen zur Überprüfung und Sanktionierung von auf Video aufgezeichneten Übergriffen umgesetzt.

Schließlich wurde angeblich auch gegen die Disziplinpflicht verstoßen, die für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Rechenschaftspflicht innerhalb der Polizeikräfte unerlässlich ist. Trotz Notfallberichten, die eine alarmierende Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung aufzeigten, haben leitende Kommandeure Berichten zufolge keine ausreichend wirksamen Maßnahmen ergriffen, um Missbräuche zu untersuchen oder zu bestrafen. In diesem Zeitraum wurden 1.794 Beschwerden gegen Carabineros eingereicht. Die Zahl der Verwaltungsverfahren belief sich im gleichen Zeitraum jedoch nur auf 1.460. Nur 7,7 % der 517 Eilverfahren und 5,6 % der 943 Ermittlungsverfahren führten zu Sanktionen.

Schließlich wäre auch die Pflicht der Disziplin, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Verantwortung innerhalb der Polizei unerlässlich ist, verletzt worden. Obwohl Notfallberichte eine alarmierende Anzahl von verwundeten Zivilisten zeigten, hätten hohe Beamte keine ausreichenden Maßnahmen In der Zeit wurden 1.794 Beschwerden gegen Carabineros eingereicht. Die Verwaltungsprozesse betragen jedoch nur 1.460. Nur 7,7 Prozent der 517 Fälle und 5,6 Prozent der 943 zusammenfassenden Ermittlungen endeten mit Sanktionen.

Was in Chile während des sozialen Ausbruchs geschah, war keine isolierte Tatsache. Überall in ganz Amerika wurden wir Zeugen von Demonstrationen, bei denen die Menschenrechte wiederholt von den Sicherheitskräften verletzt werden, wie es in Peru bei den Demonstrationen im Dezember 2022 oder in Kolumbien im Mai 2021 geschah, wo die Polizei unverhältnismäßig und brutal gegen Demonstrant*innen vorging.

Chile hat die Möglichkeit, einen Präzedenzfall zu schaffen, der anderen Ländern in der Region als Weg zur Gerechtigkeit dienen wird. Strafflosigkeit darf nicht länger die Norm sein, und diese Anklage beweist dies. Der Weg zur Gerechtigkeit ist lang, und wie wir gesehen haben, liegt noch ein langer Weg vor uns. Gegenwärtig müssen die drei Angeklagten im Lande bleiben, unter Hausarrest stehen und sich alle vierzehn Tage bei der Staatsanwaltschaft melden, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind. Die vereinbarten 120 Untersuchungstage sind nur der Anfang, aber es ist möglich, dass die Ermittlungen verlängert werden, wobei die gesetzliche Frist zwei Jahre beträgt. Die Opfer verdienen Gerechtigkeit, und die Gesellschaft verdient Garantien, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen.

Der Kampf um Gerechtigkeit endet nicht mit der Anklage der Verantwortlichen, aber es ist ein großer Schritt und sehr notwendig, um eine Zukunft aufzubauen, in der die Sicherheitskräfte im Dienste der Bürger stehen und nicht gegen sie.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe – verbindlich ist das Original:

<https://amnistia.cl/la-imputacion-de-los-altos-mandos-de-carabineros-un-precedente-historico-para-chile-y-la-region/>